

## Fachgespräch „Leere Kassen, leere Städte? - Haushaltskonsolidierung bedroht nachhaltige Stadtentwicklung“ am 27. September 2010 – Ergebnisse

Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger darf auf keinen Fall die Kofinanzierungsmittel für die Städteförderung kürzen! Denn damit würde Brandenburg aus der Front der Bundesländer gegen die geplanten Kürzungen der Bundesregierung ausbrechen und ihr den Vorwand liefern, die Kürzung der Bundesmittel für die Städtebauförderung mit Konsolidierungsentscheidungen in den Ländern als richtigen Schritt zu begründen.

Dies war der eindringliche Appell der Teilnehmer des Fachgesprächs „Leere Kassen, leere Städte? Haushaltskonsolidierung bedroht nachhaltige Stadtentwicklung“ Ende September, zu dem der infrastrukturpolitische Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MICHAEL JUNGCLAUS eingeladen hatte.

Zunächst erläuterte der zuständige Abteilungsleiter des Infrastrukturministeriums des Landes die Förderabsichten und Prioritäten der Landesregierung. Vorausgesetzt, es käme zu einer moderaten Kürzung von 25% der Bundesmittel, sollen in Brandenburg zukünftig in erster Linie die Ober- und Mittelzentren mit Fördermitteln bedient werden. Mittelfristig könne dieser Kreis dann auf weitere 15 Städte ausgedehnt werden. Stadtumbaustädte sollen in Zukunft keine Förderung mehr im Rahmen des Förderprogramms Sozialen Stadt erhalten. Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung von Wohnvierteln sollen hier in Zukunft auch mit dem Programm Stadtumbau finanziert werden, das bisher in Brandenburg vor allem auf bauliche Infrastrukturmaßnahmen ausgerichtet war. Kleine Städte im ländlichen Raum sollen künftig nicht mehr gefördert werden.

Vonseiten des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg wurde hingegen argumentiert, Förderkriterien sollten nicht an der Größe der Städte, sondern an den Problemlagen ausgerichtet werden. Denn die Problematik des Wohnungsleerstands existiere auch in kleinen Städten und werde bisher unterschätzt. Ein adäquates Förderprogramm, das kleine Städte im ländlichen Raum in die Lage versetzt, auf den demographischen Wandel zu reagieren, existiere bisher nicht.

Die Vertreter der Kommunen unterstrichen die zu befürchtenden negativen Folgen der Kürzungen für die Entwicklung von Städten und Gemeinden.

Insgesamt werde es zu einem Rückgang der Investitionen kommen, was massive negative Auswirkungen auf die regionalen kleinen und mittleren Handwerksbetriebe haben werde. Auch den Kommunen werden dadurch Einnahmen weg brechen. Im besonderen Fall des am stärksten von den Kürzungsplänen bedrohten Programms Sozialen Stadt stehen die Städte in engem Dialog mit den Bewohnern über Maßnahmen in ihrem Quartier. Die momentane Finanzierungsunsicherheit stellt langfristig geplante Projekte in Frage, was bei der Bevölkerung für Verunsicherung und Frust Sorge.

„In dem Fachgespräch wurde deutlich, die Gruppe der Förderempfänger wird kleiner und elitärer. Das halte ich für äußerst problematisch“ so der infrastrukturpolitische Sprecher der FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MICHAEL JUNGCLAUS. In diese politische Linie passen die geplanten Kürzungen der Dorferneuerung im ELER Programm für Ländliche Entwicklung. Damit hängt die Landesregierung den ländlichen Raum und mit ihm die kleinen Städte bewusst von der Entwicklung der anderen Landesteile ab. „Den Vorschlag, die Programmideen und -strukturen aus der Städteförderung auch auf den ländlichen Raum anzuwenden, halte ich für einen guten Ansatz, den wir in unserer weiteren parlamentarischen Arbeit aufgreifen werden. Schließlich wird der Erfolg der Stadtentwicklungsprogramme von allen Experten bestätigt“ bekräftigt JUNGCLAUS.

Auf der außerordentlichen Landesbauministerkonferenz am 03. September dieses Jahres habe Infrastrukturminister Jörg Vogelsänger versprochen, für alle Bundesmittel der Städtebauförderung Landesmittel in gleicher Höhe bereitzustellen. Dieses Versprechen werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einfordern. Der vorgelegte Haushaltsentwurf bricht allerdings dieses Versprechen. „Die immensen wirtschaftlichen Impulse der Städtebauförderung für Handwerk und kleine Unternehmen und die dadurch generierten Steuereinnahmen stellen die aufzuwendenden Fördermittel für die Städteförderung deutlich in den Schatten. Die Förderung der Stadtentwicklung ist ein Paradebeispiel für eine effiziente und effektive Verwendung öffentlicher Mittel. Herr Vogelsänger muss diese bedeutende staatliche Förderung konsequent verteidigen“ unterstrich JUNGCLAUS.